



Hiltrud Lotze
Mitglied des Deutschen Bundestages

INFOS AUS DEM BUNDESTAG | NEWSLETTER 10/2021

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

noch einmal ist der Deutsche Bundestag zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Für mich war es die letzte Sitzung, an der ich als Bundestagsabgeordnete teilgenommen habe. Für die nächste Wahlperiode trete ich nicht mehr an. Ein bisschen Wehmut war schon dabei, als ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion im Plenum saß. Es war eine spannende Zeit!

Noch aber ist die Wahlperiode nicht vorbei. Beschlossen haben wir etwa die Aufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen. Ein Anliegen, das mir auch persönlich sehr wichtig war.

In Lüneburg und Lüchow-Dannenberg stehen am kommenden Sonntag die Kommunalwahlen an. Die SPD hat viele engagierte und kompetente Bewerber*innen aufgestellt. Nehmen Sie sich eine halbe Stunde Zeit und gehen Sie zur Wahl! Oder nutzen Sie noch schnell die Briefwahl. Nehmen Sie auf jeden Fall Ihr Wahlrecht in Anspruch und bestimmen Sie mit.

Mit solidarischen Grüßen

Ihre und Eure

A handwritten signature in blue ink that reads 'Hiltrud Lotze'.



© DBT / Stella von Saldern

AKTUELLES

Am 7. September 2021 trat der Deutsche Bundestag zur 239. und voraussichtlich letzten Sitzung vor der Wahl zusammen. Drei Stunden wurde über die Situation in Deutschland debattiert. In seiner Rede nannte unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz drei Prioritäten für eine Bundesregierung unter seiner Führung: Kampf gegen Kinderarmut, finanzierbares Wohnen und stabile Renten. Dies sind Garantien für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

„Wachstum ist das Entscheidende! Was aber nicht funktioniert, sind Steuersenkungen für Leute, die sehr viel Geld verdienen – als Paar 200.000 Euro im Jahr und mehr. 30 Milliarden Euro Steuersenkungen für Spitzenverdiener*innen und Unternehmen mit riesigen Gewinnen, versprechen CDU und CSU. Das ist unfinanzierbar, völlig aus der Zeit gefallen und tut nichts für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“, so Olaf Scholz.

Die SPD möchte, dass Einkommen wieder gerechter besteuert werden. Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken – also kleine und mittlere Einkommen besserstellen und damit ihre Kaufkraft stärken. Und im Gegenzug erreichen, dass die oberen fünf Prozent der Spitzenverdiener*innen die wichtigen öffentlichen Aufgaben stärker mitfinanzieren.



Für mich war die 239. Sitzung die (vermutlich) letzte Bundestagssitzung, die ich als Abgeordnete erleben durfte – auf dem Bild sieht man mich bei der namentlichen Abstimmung zur Aufbauhilfe 2021.

BERLIN UND BUNDESTAG

AUFBAUHILFE 2021

Es ist eine Tragödie, dass die Flutkatastrophe in unserem Land so viele Menschenleben gefordert hat. Die Menschen in den betroffenen Regionen mussten viel Leid erfahren. Dieses Leid kann durch nichts aufgewogen werden. Umso mehr ist es unsere Pflicht, die erheblichen Kosten für die Beseitigung der Schäden und den Wiederaufbau gemeinsam und solidarisch zu tragen. Dazu haben wir im Bundestag am Dienstag ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens

„Aufbauhilfe 2021“ beschlossen. Der Aufbaufonds wird durch den Bund mit bis zu 30 Milliarden Euro ausgestattet. Die Kosten für die Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes in Höhe von zwei Milliarden Euro trägt der Bund alleine. Die übrigen 28 Milliarden Euro teilen sich Bund und Länder. Auch schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen für ganz praktische Hilfe vor Ort. Wir verändern das Baugesetzbuch, um die Errichtung mobiler Unterkünfte für Betroffene bzw. mobile Läden und Infrastrukturen (Rathäuser, Schulen, Kitas) zu erleichtern. Für den Verkehrsbereich geht es vor allem darum, notwendige Ersatzneubauten für die Infrastruktur schnell zu planen und umzusetzen. Dies ermöglichen wir, indem wir auf langwierige Planfeststellungsverfahren für Ersatzneubauten verzichten. Um künftig in Katastrophenfällen schneller und effizienter Betroffene zu warnen, wird das sogenannte Cell Broadcast zügig eingeführt: Mit dieser Technik werden Warnungen an alle Mobilgeräte in einem bestimmten Gebiet verschickt. Die Empfänger*innen müssen dafür keine spezielle App herunterladen. Das Gesetz enthält außerdem neue Regelungen zum Pfändungsschutz von Hochwasser-Soforthilfen und für Insolvenzanträge.

INFEKTIONSSCHUTZ: HOSPITALISIERUNGSRATE WIRD ZUM ZENTRALEN PARAMETER

Die bestehende Rechtsgrundlage für die Corona- Schutzmaßnahmen sieht den Inzidenzwert als alleinigen Maßstab für die Bewertung des Infektionsgeschehens vor. Das ist nicht mehr angemessen. Der Inzidenzwert ist als Frühwarnsystem zwar weiterhin wichtig. Er hat mit steigender Impfquote allerdings eine andere Aussagekraft, als bisher. Die SPD hat deswegen gefordert, neben den Inzidenzwerten die Auslastung des Gesundheitswesens – die so genannte Hospitalisierungsrate – hervorzuheben. Mit einer Änderung des Infektionsschutzgesetzes haben wir nun im Bundestag die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen. Der Inzidenzwert ist als Frühwarnsystem zwar weiterhin wichtig. Die Inzidenzschwellen von 35 und 50, die bislang den Staat zum Ergreifen von Maßnahmen verpflichtet haben, werden nun aber aus dem Gesetz gestrichen. Neben der Hospitalisierungsrate sind weitere Faktoren wie die Intensivbettenauslastung, das Infektionsgeschehen und die Impfquote wesentlicher Maßstab für weitergehende Schutzmaßnahmen.

Wir haben darüber hinaus auch den Kreis der Einrichtungen erweitert, in denen Arbeitgeber*innen von ihren Beschäftigten Auskunft über den Corona-Impf- bzw. Immunstatus verlangen können. In besonderen Einrichtungen dürfen Arbeitgeber*innen bereits heute den Impf- oder Serostatus bei ihren Beschäftigten erfragen. Dies gilt zum Beispiel für Krankenhäuser, Arztpraxen, Rettungsdienste oder im Bereich der ambulanten Intensivpflege. Künftig sollen weitere

Einrichtungen, wie beispielsweise teil- oder vollstationäre Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Behindertenhilfe, Flüchtlingsunterkünfte aber auch Kitas und Schulen, erfasst werden. Es geht hier also um Einrichtungen, in denen besonders vulnerable Personengruppen betreut werden oder untergebracht sind. Ganz klar ist aber: Ein generelles oder allgemeines Auskunftsrecht für Arbeitgeber*innen gibt es nicht. Es gilt auch – anders als dies von Jens Spahn vorgeschlagen war – nur solange der Bundestag eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt hat.

BEYOND WASHINGTON: USA-REISE MEINES MITARBEITERS FABIAN GRENZ

Im August konnte mein Berliner Mitarbeiter Fabian Grenz am Austauschprogramm „Beyond Washington: Understanding the U.S. Heartland“ teilnehmen. Das Transatlantikprogramm zielt darauf ab, ein tieferes Verständnis für die Innen- und die daraus resultierende Außenpolitik der USA zu fördern. Beyond Washington wird aus Mitteln des European Recovery Programs (ERP), vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie der Berliner U.S.-Botschaft gefördert und von Cultural Vistas durchgeführt.

Gemeinsam mit 17 weiteren MdB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – drei jeder im Bundestag vertreten

Fraktionen – reiste Fabian nach Lincoln / Nebraska, fast genau ins Zentrum der USA. Vor Ort traf sich die Gruppe mit Politiker*innen (u. a. Lincolns Bürgermeisterin Leirion Gaylor Baird und Nebraskas Secretary of State Robert Evtmenko), Wirtschafts- und Verbandsvertreter*innen (u. a. John Hansen, Präsident des Bauernverbandes von Nebraska) sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen (u. a. Nebraska Appleseed, Resilient Lincoln Initiative). Diskutiert wurden aktuelle Fragen, die Deutschland und die USA gleichermaßen betreffen: Wie können wir gleiche Lebensbedingungen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten schaffen? Wie können Umwelt- und Klimaschutz gleichzeitig sozialen, ökologischen und ökonomischen Anforderungen gerecht werden? Wie können wir der zunehmenden politischen Polarisierung erfolgreich entgegenwirken?



Inhaltlich lag ein besonderer Fokus auf dem Thema Agrarpolitik. Nebraska ist stark landwirtschaftlich geprägt und einer der führenden US-Agrarproduzenten. 95 Prozent der Fläche werden für die Landwirtschaft genutzt, was dem Bundesstaat den Spitznamen „Cornhusker State“ (Kornschäler-Staat) einbrachte. Wegen seiner Grundwasservorräte und weiten Grasflächen bietet der Bundesstaat zudem beste Voraussetzungen für die Rinderzucht und beheimatet zahlreiche Ranches. Sein zweiter Beinamen „Beef State“ war in den 50er und 60er Jahren sogar auf den Autokennzeichen von Nebraska zu lesen.

Nach seiner Reise berichtete Fabian mir davon, wie bereichernd der Einblick in die US-Innenpolitik und die kommunalen Herausforderungen eines ländlichen Raums abseits der US-Metropolregionen war.

Besonders interessant für mich: Nebraska ist der einzige US-Bundesstaat, der über ein Einkammersystem verfügt und in dem keine Parteizugehörigkeit zugelassen wird („Nonpartisan“). Das dänische Parlament Folketing besteht ebenfalls aus nur einer Kammer. Somit haben die Parlamentarier*innen die gesamte Staatsgewalt inne und intraparlamentarische Blockaden können vermieden werden.

Fabian ist gern bereit, von seiner Reise und seinen Erfahrungen zu berichten. Wer Interesse am persönlichen Austausch hat – gern auch im Rahmen einer möglichen Veranstaltung – melde sich gern über die am Ende des Newsletters angegebenen Kontaktdaten.



Reisehighlight: Fabian wird von Lincolns Bürgermeisterin Leirion Gaylor Baird als Ehrenbürger der Stadt ernannt.
Bildquelle: privat.

IM WAHLKREIS

7.500 EURO BUNDESFÖRDERUNG FÜR DAS ARCHÄOLOGISCHE ZENTRUM HITZACKER

Das Archäologische Zentrum in Hitzacker erhält Bundesgelder in Höhe von 7.500 € für das Projekt „Wege in die Bronzezeit“. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Soforthilfeprogramms Heimatmuseen. Mit dem Geld kann das bestehende Wegenetz der Einrichtung erweitert und ein barrierearmer Zugang zum Langhaus I und dem Grubenhaus ermöglicht werden. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg und für die

gesamte Region ist das Zentrum ein wichtiger Bestandteil der Museumslandschaft. Die Gäste können dort sehr anschaulich erfahren, wie das Leben in der Bronzezeit war. Es ist ein spannender Ort für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Ich freue mich sehr, dass das AZ die Bundesförderung erhält.

BESUCH BEIM THW

Mit unserem Bundestagskandidaten Jakob Blankenburg habe ich das THW in Lüneburg besucht. Wir haben den Männern und Frauen für Ihren Einsatz gedankt, insbesondere im Rahmen der Flutkatastrophe. Auch das THW Lüneburg ist in den betroffenen Regionen gewesen und hat geholfen. In der Corona-Pandemie war das THW ein verlässlicher Partner, etwa beim Aufbau der Impfzentren. Um die Arbeit des THW zu unterstützen und voranzubringen haben wir im Bundestag das THW-Gesetz modernisiert und die Bundesmittel verdoppelt.



ÖFFENTLICHES GELÖBNIS BUNDESWEHR



Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gehören zu unserer Gesellschaft. Deswegen begrüße ich das kürzlich stattgefundenene öffentliche Gelöbnis auf den Lüneburger Rathausmarkt.

Selbstverständlich bin ich als Zuschauerin dabei gewesen. Gerade die vergangenen Wochen haben uns gezeigt, was für einen wichtigen und teilweise auch sehr gefährlichen Job die Soldat*innen

machen. Dafür gebührt ihnen unser Dank und Respekt.

„FREUNDE – HELFER – STRAßENKÄMPFER. DIE POLIZEI IN DER WEIMARER REPUBLIK“

Im Museum Lüneburg ist momentan die Wanderausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ zu sehen. Auf anschauliche Weise werden dort die Gegensätze aufgezeigt, die die Polizei von damals charakterisierten: Eine hilfsbereite bürgernahe Polizei auf der einen, Straßenkämpfer auf der anderen Seite. Ich bin gemeinsam mit meiner Kollegin Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Uelzen, bei der Ausstellungseröffnung gewesen und kann Ihnen einen Besuch sehr empfehlen. Mehr Infos gibt es auf der Webseite vom Museum Lüneburg.

HERDENSCHUTZ IN DER SCHAFHALTUNG

Vor kurzem durfte ich Wendelin Schmücker und seine Schäferei in Borstel bei Winsen (im Wahlkreis meiner Kollegin Svenja Stadler) besuchen. Wendelin Schmücker ist stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins der Deutschen Schafhaltung e. V. und Sprecher der Berufsschäfer in Niedersachsen. Der Schäfer lässt seine rund 1000 Tiere auf mehreren Standorten im Umkreis von Winsen weiden. Dort gibt es zunehmend Probleme mit einer steigenden Wolfpopulation und Wolfsübergriffen. Über mögliche Schutzmaßnahmen, Kosten und Herausforderungen von Zäunen und Herdenschutzhunden sowie die Wünsche der Schäfer*innen an die Politik haben wir uns ausführlich unterhalten. Ein interessanter Termin mit vielen wichtigen und wertvollen Hinweisen aus der Praxis!



ZAHL DER WOCHE...

Etwa **1,5 Millionen** Bände umfasst der Bestand der Bundestagsbibliothek im Berliner Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Damit ist sie neben Washington, Tokio und Rom eine der größten und umfangreichsten Parlamentsbibliotheken der Welt. Ihre Aufgabe ist es, die Abgeordneten, deren Mitarbeiter*innen, die Fraktionen und die Bundestagsverwaltung – darunter die Wissenschaftlichen Dienste – mit aktuellen Informationen und Fachliteratur zu versorgen. Die Bibliothek nahm ihre Tätigkeit 1949 mit einem Bestand von 1.000 Bänden auf, die sie vom Parlamentarischen Rat übernommen hatte. Zu den Hauptsammelgebieten zählen Politik, Recht, Wirtschaft, Sozialwissenschaften und Neuere Geschichte, die durch den Erwerb von Veröffentlichungen in zahlreichen weiteren Fachgebieten ergänzt werden.

NOCH 18 TAGE BIS ZUR BUNDESTAGSWAHL

In zweieinhalb Wochen ist Bundestagswahl. Einige haben ihr Kreuz schon bei der Briefwahl gesetzt, andere sind noch unentschlossen, wen sie wählen wollen. Wer sich einen Eindruck von unserem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz machen will, kann am 21. September in Lüneburg von 18-20 Uhr in den Clamartpark kommen. Mit dabei ist natürlich auch unser Kandidat aus der Region, Jakob Blankenburg.

Die SPD macht den Unterschied. Personell und inhaltlich. Eines unserer zentralen Wahlversprechen ist zum Beispiel die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro.

Noch immer ist jede*r fünfte Beschäftigte in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt. Während der Pandemie ist laut einer

Studie der Bertelsmann-Stiftung das Armutrisiko für Alleinerziehende und ihre Kinder gestiegen. Von einer Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro würden 10 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse unmittelbar profitieren – das ist ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse. Besonders auszahlen würde sich diese Mindestlohnerhöhung für Frauen, Beschäftigte in Ostdeutschland und drei Viertel aller geringfügig Beschäftigten.



TERMINE

- | | |
|------------|--|
| 10.09.2021 | Peter Tschentscher in Lüneburg: Gemeinsam stark für die Metropolregion |
| 12.09.2021 | Kommunalwahlen in Niedersachsen |
| 21.09.2021 | Besuch unseres Kanzlerkandidaten Olaf Scholz in Lüneburg |
| 26.09.2021 | Wahl zum 20. Deutschen Bundestag |

Hiltrud Lotze
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hiltrud Lotze MdB

Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Berliner Büro: Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 71084 / Fax : 030 227 76085

Wahlkreisbüro: Auf dem Meere 14/15, 21335 Lüneburg
Telefon: 04131 8544775

E-Mail: hiltrud.lotze@bundestag.de